

## Grundzüge der BRD und der DDR

| Bundesrepublik Deutschland   | Vergleichskriterien  | Deutsche Demokratische Republik   |
|--|--|---|
| <p>- Verabschiedung des <b>Grundgesetzes</b> am 8. Mai 1949</p> <p>Ziel:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Absicherung der Verfassungsordnung gegen verfassungswidrige Bestrebungen</li> <li>2. Stabilisierung der Regierungsfähigkeit</li> </ol> <p>→ Verhinderung eines 2. Weimars</p> | <p style="text-align: center;"><b>Grundgesetz und Verfassung</b></p> <p>Die Verfassung der DDR nahm – wie das westdeutsche Grundgesetz – die deutsche Geschichte und deutsche Verfassungstradition auf</p> | <p>- Verabschiedung der <b>Verfassung</b> am 7. Oktober 1949</p> <p>Ziel:</p> <p>„Antifaschismus“ (Bekämpfung des Faschismus durch antikapitalistische, sozialistische Strukturen)</p> <p>→ Errichtung des 1. sozialistischen Staates auf deutschen Boden</p> |
| <p>Inhalt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Menschenrechte und Bürgerrechte</li> <li>- Grundsätze des demokratischen Staatsaufbaus</li> </ul>  | <p style="text-align: center;">↓</p> <p style="text-align: center;">jedoch mit unterschiedlichen Schlussfolgerungen</p>  | <p>Inhalt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- sicherte vor allem Anspruch der SED auf eine „führende Rolle“ in Staat und Gesellschaft</li> </ul>  |

| <u>Bürgerliche Demokratie</u>   | <b>Demokratieverständnis und politisches System</b>               | <u>Realsozialistische „Volksdemokratie“</u>  |
|---|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>- klare Gewaltenteilung<br/>→ Bundesverfassungsgericht Parlament Bundesregierung</li> </ul>  | <p style="text-align: center;">Gewaltenteilung</p>                | <ul style="list-style-type: none"> <li>- keine Gewaltenteilung = sondern „Gewalteneinheit“<br/>→ Partei und Staat sind nicht getrennt</li> </ul>   |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>- föderalistischer Staat</li> </ul>  | <p style="text-align: center;">Organisationsprinzip</p>           | <ul style="list-style-type: none"> <li>- zentralistischer Staat</li> </ul>   |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>- Grundgesetz folgt dem „Konkurrenzmodell“ „demokratischer Pluralismus“<br/>→ unterschiedliche Politische Interessen/Meinungen sind legitim Konkurrenz wird in einem Wahlprozess ausgetragen</li> </ul>  | <p style="text-align: center;">politische Ordnungsvorstellung</p> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verfassung folgt Theorie des „Marxismus-Leninismus“<br/>→ historische Wahrheit soll in Realität umgesetzt werden = allgemeines Ziel staatlicher Politik war vorgegeben politische Debatten und Entscheidungen in Betrieben dienten nur der Diskussion<br/>=&gt; fundamentaler Gegensatz zu westlichen Verfassungen/Grundgesetz</li> </ul> |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>- erhielten besonderen staatlichen Schutz</li> <li>- Ziele sollten Verfassung und Aufbau der demokratischen Grundsätze entsprechen</li> <li>- es etablierte sich nach Anfangsphase stabiles Dreiparteienensystem ( CDU/CSU; SPD; FDP)</li> <li>- ab 1980 mit Gründung der „Grünen“ Vierparteienensystem</li> </ul> | <p style="text-align: center;">Parteiensystem</p>                 | <ul style="list-style-type: none"> <li>- formell blieb das „sozialistische Parteiensystem bestehen</li> <li>- Blockparteien hatten jedoch schon früh führende Rolle der SED anerkannt</li> <li>- alle Parteien – außer der SED – ohne jede politische Selbständigkeit</li> </ul>   |

### Schritte der „Westintegration“

- Politik der Westintegration war schnell erfolgreich
- 1951 Aufnahme in den Europarat – und Aufhebung des Kriegszustandes durch Westmächte
- 1952 Aufnahme in die Montanunion
- 1954 Bundestag beschließt Aufbau der Bundeswehr
- 1955 Aufnahme in die NATO und in Westeuropäische Union
- Abschluss der Westintegration bildeten 1955 die „Pariser Verträge“ = räumten BRD Status eines vollständig souveränen Staates ein
- 1955 begannen Verhandlungen zur EWG ( BRD war 1957 Gründungsmitglied)
- BRD damit vollständig in westlichen Block integriert

### **Blockeinbindung der beiden Staaten**

Rahmenbedingungen:  
Besatzungsstatus (teils eingeschränkte Souveränität)

Ost-West-Konflikt (ließ beide Staaten zu Frontstaaten werden)

Zielkonflikt:  
einerseits Ziel deutscher Einheit andererseits Ziel der staatlichen Souveränität

### Schritte der „Ostintegration“

- alle Staaten im sowjetischen Machtbereich wurden in „Volksdemokratien“ nach Vorbild der Sowjetunion „umgewandelt“
- parallel zur Westintegration erfolgte die Integration der DDR in den Warschauer Pakt
- ökonomische Eingliederung durch beitriff in Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe 1950 bereits vollzogen
- am 25.3.1955 proklamierte die UdSSR die volle Souveränität der DDR
- 1955 gehörte die DDR zu den Gründerstaaten der Warschauer-Pakt-Organisationen
- 1956 wurde von der Volkskammer Schaffung der NVA beschlossen
- 1956 war Integration der DDR in den Ostblock abgeschlossen

| <p align="center"><b><u>soziale Marktwirtschaft</u></b></p>   | <p align="center"><b>Wirtschaftsordnung</b></p> <p align="center">Grundgedanken und Konzept</p> | <p align="center"><b><u>Planwirtschaft / Zentralverwaltungswirtschaft</u></b></p>   |
|---|---|---|
| <p>- Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich zu verbinden sollte nicht komplett sich selbst überlassen werden sondern bewusst durch staatlichen Ordnungsrahmen gesteuert werden so dass soziale Ungerechtigkeit ausgeglichen wird</p> <p>1. Wettbewerbsprinzip → bedarfsgerechte/ ausgewogene Güterproduktion</p> <p>2. Sozialprinzip → staatliche Wettbewerbspolitik soll soziale Orientierung absichern</p> <p>3. Konjunkturpolitisches Prinzip → übliche Konjunkturschwankungen sollen durch staatl. Konjunkturpolitik gedämpft werden</p> <p>4. Prinzip der Marktkonformität → ergriffene staatliche Maßnahmen sollen Funktionsfähigkeit des Marktes nicht einschränken</p> | <p align="center">Prinzipien</p>  | <p>- es soll Aufgabe der Arbeiterklasse sein Produktionsmittel in ihren Besitz zu überführen und so zu verwalten, dass Ergebnisse allen in gleicher weise zugute kommen</p> <p>- zentrale Leitung und Koordination von der „Staatlichen Plankommission“ vorgenommen</p> <p>- Preise wurden von der Planbehörde festgelegt</p> <p>1. Unterordnung der Wirtschaftspolitik unter ein politisches Ziel</p> <p>2. Überführung der Produktionsmittel von privatem in staatlichen (volkseigenen) Besitz</p> <p>3. Leitung und Koordination des Wirtschaftsprozesses durch einen zentrale staatliche Planungsinstanz (→ „Planwirtschaft“)</p> |

## F a z i t

1. Die Grundzüge der beiden Staaten BRD und DDR waren verschieden.  
Dies ist auf die unterschiedlichen Gesellschaftsvorstellungen der Siegermächte zurückzuführen, die nach dem 2. Weltkrieg das Schicksal Deutschlands maßgeblich beeinflussten.
2. Deshalb war es – trotz mehrerer ernst zu nehmenden Bemühungen beider Seiten – unmöglich kurzfristig eine Einheit der beiden deutschen Staaten zu erreichen.
3. Eine Annäherung von BRD und DDR war erst mit einem Umdenken in der Politik **beider** Länder möglich!